

Die ernste Lage der Landwirtschaft.

daß die maßgebenden Führer der deutschen

nalen Fraktion entschlossen sind, an der Durchführung der Gesetze positiv mitzuarbeiten. Für den Fall, daß der Reichstag dem Ersuchen des Kabinetts entspricht und die Gesetze bis spätestens Juli verabschiedet, dürfte damit zu rechnen sein, daß Anfang August das Sachverhaltigen-Gesetz in Kraft tritt. Nach den in Berlin vorliegenden Meldungen dürfte die Londoner Konferenz mindestens bis Mitte August andauern, da sie außer dem Inkrafttreten des Entschlusses entscheidende Vorbereitungen zur September-Lagung des Völkerverbundes in Genf zu treffen haben wird.

Weitere Fühlungnahme mit den alliierten Regierungen.

Votschaffter Dr. von Soest ist wieder nach Paris zurückgekehrt und wird eine weitere Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot herbeiführen. Auch die deutschen Votschaffter in London und Brüssel sind angewiesen worden, die Unterhandlungen mit der englischen und belgischen Regierung fortzusetzen. Im Verlaufe dieser Woche werden die diplomatischen Verhandlungen vollständig die Arbeiten der beteiligten Regierungen beherrschen. Im Berliner Auswärtigen Amt glaubt man, daß bis zum 30. Juni eine völlige Klärung der außenpolitischen Lage eingetreten sein wird.

Deutschlands Zulassung zum Völkerverbund.

Zur Begründung des aus Genf von der Lagung des Völkerverbundes zurückgekehrten Lord Parmoor veranlaßte die englische Botschaft in London ein Rundschreiben. Lord Parmoor sagte, er wolle nicht zu erklären, daß es sowohl vom Standpunkt der Stärkung des Völkerverbundes als auch des Interesses des deutschen Volkes von größter Wichtigkeit wäre, daß die deutsche Republik so früh wie möglich Mitglied des Bundes würde. (Beifall.) Die Mitglieder des Völkerverbundes hätten ihm einstimmig erklärt, daß sie den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund befürworten würden, sobald die Verhandlungen über die Ausführung des Sachverhaltigen-Gesetzes zu einem befriedigenden Abschluß gelangt seien.

Die Münchener Presse zur Kandidatur Helldes.

TU. München, 25. Juni. Die Lösung der bayerischen Regierungskrise nach heftigster Dauer ist begreiflicherweise ein Anlaß, daß die Presse aller Parteien längere Betrachtungen anstellt. Dabei wird mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß die Präsentation des Abgeordneten Helldes zur Ministerpräsidentenwahl schon deshalb erfolgen muß, weil man keinen anderen Ministerpräsidenten mehr gefunden habe und weil die bisherigen zu rasch verdrängt worden seien.

Im „Bayerischen Kurier“ wird die Erwartung ausgesprochen, daß durch die Kandidatur Helldes auch die sachlichen programmatischen Differenzen, welche bis jetzt die Regierungsbildung erschweren, in Wille ausgeglichen werden.

In den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wird betont, es haben sich offenbar keine prominenten Persönlichkeiten mehr gefunden, die Verantwortung als Ministerpräsident zu übernehmen, um schließlich als Einheitskandidat in die Wahl geschickt zu werden. So sei wenigstens diesmal der Wille des Ministerpräsidenten, von dem Führer der stärksten Partei des Landes selbst übernommen worden.

In der „Münchener Augsburger Abendzeitung“ wird betont, daß es schade sei, daß man nicht schon längst auf den jetzt verwirklichten Gedanken gekommen sei, und daß Dr. Helldes sich erst entschließen konnte, als es einen anderen Ausweg nicht mehr zu geben schien.

Helldes Nachfolger als Fraktionsvorsitzer.

TU. München, 25. Juni. Infolge der bevorstehenden Wahl des Abgeordneten Dr. Helldes zum bayerischen Ministerpräsidenten wird ein neuer Vorkandidat der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei gewählt werden, und zwar voraussichtlich der Hochschulprofessor Dr. Wohlmuth.

Zeigners Freund.

Nach ist die Angelegenheit Doeh, jenes thüringischen Staatsbeamten von etwas über zwanzig Jahren mit dem Gehalt eines Kreisassessors, als schändliches Beispiel der mittelständlichen Miswirtschaft in aller Erinnerung, da taucht schon wieder ein ähnlicher Fall auf, über den man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Dr. Zeigner, der sächsische Ministerpräsident, dessen sächsische Seite darin bestand, möglichst rasch die Finanzen des Freistaates Sachsen in Ordnung und seinem Umfang feste Wurzeln zu bringen, verschränkte sich auch aus Mitleid mit einem Mann namens Freund, den er unter Zuerkennung eines ansehnlichen Gehalts zum Ministerialdirektor ernannte. Diesen kostspieligen Freund möchte man nun gerne los werden, was aber keineswegs so leicht ist. Herr Freund ist zwar auf Wartegeld gesetzt worden, erhält aber dann seines ausgezeichneten Verstandes für nichts und wieder nichts auf Kosten der sächsischen Staatskasse monatlich 614 Mark Wartegeld. Obwohl er noch verhältnismäßig jung ist, wird ihm doch im ganzen sechzehn Dienstjahre angerechnet worden, nämlich für eine sechsmonatige Kriegszeit vier Jahre und für einen einmonatigen Staatsdienst ein Jahr. Aber auch dieser teure Freund wird den Sachsen ebenfalls noch recht lange auf der Tasche liegen, wie jener Herr Doeh den Thüringern, da man trotz des großen Aufwandes noch immer kein Mittel gefunden hat, sich dieser Parasiten und Halsabschneider zu entledigen.

Das Abkommen über den Achtkundentag.

Die Aussprache auf der Internationalen Arbeitskonferenz.

Auf der Konferenz der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf begann die erwartete Aussprache über den Achtkundentag und die Washingtoner Konvention.

Die Reden des französischen Delegierten Louhaux, des belgischen Merens und des englischen Boulton, die sämtlich die Bedeutung des Achtkundentages für den Aufstieg der Menschheit betonten, enthielten alle eine ziemlich scharfe Anklage gegen Deutschland wegen des Verlassens der Basis des Achtkundentages. Die Begründung, daß wegen der Leistung von Reparationen die Verlängerung der deutschen Arbeitszeit notwendig sei, wurde von niemand anerkannt. Alle Redner wiesen auf den Kreislauf hin, den eine solche Verlängerung der Arbeitszeit mit sich führe. Sohe Deutschland mit der Arbeitszeitverlängerung voran, so müßten auch die anderen Länder, um konkurrenzfähig zu bleiben, bald folgen, und dann sei das Bild wieder das gleiche. Es sei notwendig, daß alle Länder die Washingtoner Konvention ratifizieren. Der englische Delegierte machte besonders seine Forderung dafür verantwortlich, daß sie sich bis jetzt einer Ratifikation ferngehalten habe, worauf auch die anderen Länder dem englischen Beispiel folgten. Der französische Arbeitsminister Godart schilderte die Fortschritte, die der Achtkundentag in Frankreich auf kulturellem und hygienischem Gebiete gebracht habe. Seit seiner Einführung im Jahre 1918 hätten die geistigen Interessen der Arbeiter zugenommen und der schlimmste Feind der Volksgesundheit, der Alkoholismus, sei zurückgegangen. Die französische Regierung sei

Die schwierige Lage in Bergbau und Industrie.

Betriebsbeeinträchtigung der südlichen Randzonen.

Die bereits vor einiger Zeit angekündigte Stilllegung der unrentablen Zechen am südlichen Randgebiet der Ruhr wird, so schreibt die „Mittelwestf. Ztg.“, größtenteils zum 1. Juli erfolgen. Auf den Zechen Alte Haase mit 1800, Johannisberg mit 700 und Wannen mit 600 Mann Belegschaft wurde den Arbeitern zum 1. Juli gekündigt. Die Zechen Alte Steinbrühl hat ihre gesamte Belegschaft am 28. Juni der Erwerbslosenfürsorge übergeben. 12 kleinere Zechenbetriebe liegen seit Oktober vorigen Jahres bzw. seit Beendigung der letzten Vergarbeiterbewegung still. Die Vergarbeiterverbände behaupten, daß die Stilllegung dieser Zechen zum Teil ohne zureichende Gründe erfolgt ist und nach § 65 des Allgemeinen Berggesetzes die Entscheidung des Oberbergamtes erforderlich sei, da die Gründe der Einstellung des ganzen Betriebes dem öffentlichen Interesse entgegenstünden. In einer von beiden Seiten Vergarbeiterverbände stammenden Auslassung heißt es:

„Den Zechenstilllegungen stehen ganz ohne Zweifel überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses gegenüber, u. die Voraussetzungen des § 65 sind somit erfüllt. Das Oberbergamt muß folglich die fraglichen Vergarbeiterbetriebe vernachlässigen und zur Fortsetzung des unterbrochenen Betriebes auffordern. Wird dieser Aufforderung in der angegebenen Frist nicht entsprochen, so kann nach § 156 des Oberbergamts die Einstellung der Zechen zum Teil ohne zureichende Gründe durch einen Beschluß ausgesprochen. Es muß erwartet werden, daß das Oberbergamt sofort entsprechend handeln wird. U. G. kann und muß aber auch auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes eingegriffen werden. Nach § 47 der Ausführungsbestimmungen zum Kohlenwirtschaftsgesetz leitet der Reichskohlenrat die Brennstoffwirtschaft einschließlich Ein- und Ausfuhr nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen unter Oberaufsicht des Reiches. Nach § 49 hat der Reichskohlenrat das Recht, allgemeine Maßnahmen für die Brennstoffwirtschaft zu geben, insbesondere zur Ausgestaltung unwirtschaftlichen Wettbewerbs usw. Einmal hat er nach § 52 das Recht, den Vergarbeiterbetriebe auszuheben, falls die Brennstoffwirtschaftsbedingungen zu verlangen. Auch hier muß erwartet werden, daß die notwendigen Schritte sofort unternommen werden.“

Durch die beschlossene Stilllegung der Zechen Alte Haase ist damit zu rechnen, daß 2000 Bergleute arbeitslos werden. Die Stilllegungen erstrecken sich auch auf die Beamten und Angestellten und laufen am 30. d. M. ab.

Schiedsverfahren betr. der Randzonen.

TU. Essen, 25. Juni. Die im Schiedsgericht vom 12. März d. J. den Parteien zur erneuten Verhandlung überwiesenen Streitfragen, betreffend Zugehörigkeit zu den sog. südlichen Randzonen, und ihre Lohnhöhe hat heute vormittag Gegenstand der Verhandlungen in der Bezirksarbeitsgemeinschaft für den Ruhrbezirk gebildet. Der Zechenverband wies zu Beginn der Verhandlungen auf den großen Ernst der wirtschaftlichen Lage dieser Zechen hin, von denen be-

reits ein Teil stillgelegt ist, während für eine weitere große Zahl das Erliegen unmittelbar bevorsteht. Die Vergarbeiterverbände verharteten trotzdem auf ihrem bisherigen Standpunkt, daß eine Erweiterung des Kreises der abzugsberechtigten Zechen und eine Erhöhung der Lohnabzüge für die Verbände untragbar seien.

Somit mußten die Verhandlungen nach kurzer Aussprache als völlig aussichtslos abgebrochen werden, und es wird nunmehr Sache des damals ausgeschiedenen Schiedsverfahrens sein, zu prüfen, ob das unter den jetzigen Tarifbedingungen unmittelbar bevorstehende Erliegen zahlreicher Randzonen noch in letzter Stunde abgewendet werden soll.

Essen, 25. Juni. Ueber die Verhandlungen mit dem Zechenverband wird aus Arbeitnehmerkreisen berichtet: Der Zechenverband hatte die Vertreter der Vergarbeiterverbände am 25. Juni zu einer Verhandlung geladen. Die Unternehmer verlangten unsere Zustimmung zu einer Lohnkürzung für die Kameraden der südlichen Randzonen. Im Tarifvertrag ist bekanntlich eine Bestimmung enthalten, daß die in der Lohnordnung festgesetzten Tarife für 12 südlichen Randzonen um 3 Prozent unterworfen werden dürfen. Diesen Prozentfuß wollten die Unternehmer zunächst auf 7 bzw. 10 Prozent erhöhen. In der Verhandlung ging es jedoch noch viel weiter. Sie schlugen vor, die Lohnkürzungen auf 12 Prozent zu erhöhen, was wiederum die Unternehmer ablehnten. Außerdem hatten die Unternehmer diese von ihnen vorgeschlagenen „Rand“-Zechen in zwei Gruppen eingeteilt. Für die Gruppe I verlangten sie eine Lohnkürzung von 10 Prozent und für die zweite Gruppe 15 Prozent Lohnabzug. Das wäre also gegenüber dem bisherigen Zustand eine Lohnkürzung von 10 bzw. 12 Prozent. Außerdem forderte der Zechenverband, daß nicht nur die Schichtlöhner, sondern auch die Gehilfenarbeiter von dieser Lohnkürzung betroffen werden sollten. Wir lehnten den Vorschlag der Unternehmer entschieden ab. Die Zechenbetriebe erklärten darauf, sich weitere Schritte vorbehalten zu müssen.

Weitere Betriebsbeeinträchtigungen bei der Dortmunder „Union“.

Dortmund, 25. Juni. Das Eisenwerk „Union“ der Deutsch-Auremburgischen Bergwerks- und Hüttenwerke AG. teilt mit, daß die Nachwirkungen des Streiks, Kreditnot und Wassermangel immer größer werden und immer weitere Betriebsbeeinträchtigungen zur Folge hätten. Es kommen zur Stilllegung Unterabteilungen der Abteilung „Höfe Erde“ auf der „Union“ selber, Stahlfabrikation und Lokomotivbau sowie Maschinenbau.

Zechenverband und Arbeitsordnung.

Essen, 25. Juni. Der Zechenverband hatte die im Ruhrbergbau gültige Arbeitsordnung bekanntlich zum 1. August gekündigt. In der am 25. Juni stattgefundenen Verhandlung teilte Generaldirektor Wiskott den Vertretern der Vergarbeiterverbände mit, daß der Zechenverband die Kündigung der Arbeitsordnung für den Ruhrbergbau zurückgenommen habe.

Bedeutung die Wirtschaftsprobleme für die Regelung des Friedens haben würden, und er habe bereits 1917 für die Dienststellen des Handelsministeriums statistische Untersuchungen über die Verteilung der Rohstoffe in der Welt anstellen lassen. Das Resultat dieser Untersuchungen sei derart gewesen, daß man bei völl. Friedensverhandlungen mit einem freigegebenen Deutschland den Reichtum Frankreichs an Rohstoffen und Nahrungsmitteln hätte in die Waagschale werfen können.

1918 habe sich Clementel Rechenschaft darüber abgelegt, daß die Beziehungen zwischen den Völkern einen neuen Charakter annehmen würden, wobei es jedem zuzustehen, aus seiner geographischen Lage, seinen natürlichen Reichtümern und seinen industriellen Unternehmungen Nutzen zu ziehen. Er habe damals die Aufnahme einer französischen Handelsvertretung mit den verschiedenen Nationen vorgeschlagen. In dem Gedanken, diese durch bessere Verträge zu erleben. Dieser Weg müsse nunmehr fortgesetzt werden. Chastagne weist darauf hin, daß Clementel als Gründer und Ausführender der Internationalen Handelskammer ausgezeichnet geeignet sei, um die notwendigen Verhandlungen zu führen.

Mussolini über die Krise.

Die Maßnahmen zur politischen Reinigung.

TU. Rom, 25. Juni. Mussolini gab gestern im Senat vor versammeltem Hause und zahlreichem diplomatischem Besuch seine angekündigte Erklärung ab. Vorher hielt der Senatspräsident Tittoni eine Gedächtnisrede auf den ermordeten Abgeordneten Matteotti.

Mussolini sagte u. a.: „Das Ziel meiner allgemeinen Regierungspolitik bleibt unverändert. Das Streben der Regierung ist nach wie vor auf die Wiederherstellung der normalen politischen Lage, der Lösung vor dem Gesetz und auf Verbesserung aller Kreise des Volkes gerichtet. Er gab nun eine Uebersicht über die Entwicklung der innerpolitischen Lage seit dem März des Jahres 1923 auf und wiederholte, daß die Regierung unbedingt auf ihrem Posten bleiben müsse. Das schlechte jedoch nicht eine Umgestaltung und andere Zusammensetzung der Regierung.“

aus. Es handele sich für ihn nicht darum, an der Macht zu bleiben, sondern trotz der Sorgen und Mühen, die sein Amt mit sich bringe, dem Lande zu dienen. Der Fasismus werde aber dem Feldzug seiner Gegner nicht unterliegen. Er habe freilich eine Erschütterung durchgemacht; aber diese Erschütterung werde ihm nur von Nutzen sein und zur inneren Klärung beitragen. Mussolini sprach dann mit Absicht über das Verbrechen an Matteotti und scherte eine strenge Verurteilung der Schuldigen an. Er verheißte sich nicht, daß sich der Staat gegenwärtig in einer ersten politischen und moralischen Krise befinde. Die politische Lage sei außerordentlich heikel. Der kommunistischen Forderung auf einen Generalstreik sei das Land nicht nachgegeben. Was die Ernennung Feberonis zum Innenminister betreffe, so sei diese Wahl von ihm selbst vorgenommen worden. Feberoni habe daher sein volles Vertrauen. Er werde imstande sein, den schweren Posten des Innenministers auszufüllen.

An die Auffassung der faschistischen M. I. könne nicht gedacht werden. Sie werde unter Zuweisung bestimmter Aufgaben in die verfassungsmäßige Organisation eingegliedert werden. Die notwendigen Studien hierzu seien schon vorgenommen. In den Wäldern der Opposition werde eine Auflösung der Kammer und Neuwahlen verlangt. Das würde noch ein schrecklicher Unheil über das Land heraufbeschwören. Den Kräften der Opposition stehe der Fasismus mit seinen 8000 Sektionen in ganz Italien und mit seinem gewerkschaftlich organisierten Verwaltungsrat gegenüber. In der letzten Zeit sei der Fasismus im In- und Auslande die Zielscheibe heftiger Angriffe gewesen. Der Fasismus werde aber diesem Feldzug nicht unterliegen. Die politische Spannung werde besonders in Ober- und Mittelitalien zu erregten Zwischenfällen geführt, welche unter Umständen die nachteiligsten Folgen haben könnten. Diese Ausschreitungen werde er mit aller Kraft unterdrücken. Es sei die Möglichkeit vorhanden, ohne weitere Erschütterungen aus der jetzigen Lage herauszukommen. Es sei aber notwendig, daß unermüdlich an der Erreichung der von ihm eingangs erwähnten Ziele gearbeitet werde.

Zum Schluss lobte Mussolini noch das Verhalten des sozialistischen Nationalrates, der keine sozialistische Interpellation über eine Kundgebung für die italienische Opposition abgelehnt habe.

Die Aussprache im Senat.

TU. Rom, 25. Juni. In der Erörterung der Erklärung Mussolinis ergriß als erster Redner der Liberale Senator Albertino, der Direktor des Mailänder „Corriere de la Sera“, das Wort. Albertino sagte in seiner beifällig aufgenommenen Rede, daß er die tatsächlichen reformatorischen Verdienste der Mussolini-Regierung auf dem Gebiete der inneren und äußeren Politik anerkenne, betonte aber, daß das politische, moralische Programm das wichtigste sei, das sich aus der faschistischen Revolution ergebe. Die Ermordung Matteottis sei nur ein Weg in einer langen Reihe von Gewalttätigkeiten. Man könne nicht umhin, zu betonen, daß das Ideal des Vaterlandes nicht nur vom Fasismus vertreten werde. Bevor man von normalen Verhältnissen reden könne, müsse die faschistische Geistesverfassung geändert werden. Es frage sich, ob die gegenwärtige Regierung noch imstande ist, diese moralische intellektuelle Form durchzuführen. Albertino schloß mit der Zustimmung, daß bei der heutigen kritischen Lage nur ein vorläufiger, rudimentärer Vorgehen auf dem Wege der Normalisierung möglich sei, aber den ersten Schritt müsse die Regierung tun. Er werde der erste sein, der es begrüßen würde, wenn die Regierung Italien auf den Weg der wirklichen Freiheit zurückführe.

Gegen faschistische Ausschreitungen.

TU. Mailand, 25. Juni. Die italienische Regierung geht gegen die Veranlasser des Überfalls auf das Haus des Senators Kraftis, des Verkäufers der Turiner „Stampa“, mit größter Strenge vor. Der Präsident von Turin wurde seines Amtes enthoben. Eine Anklage vor dem höchsten Gericht wurde festgenommen. Wenn der Überfall von eingeschriebenen Parteimitgliedern ausgeführt wurde, sollen diese sofort aus der Partei ausgeschlossen und dem Gericht übergeben werden.

Soziales.

Ende des Streiks im sächsischen Steintohlen-Bergbau.

TU. Dresden, 25. Juni. Der über sieben Wochen andauernde Streik im sächsischen Steintohlenbergbau kann als erledigt angesehen werden, nachdem heute früh der größte Teil der Belegschaft zur Arbeit erschien. Die am Montag vorgenommene Abstimmung brachte nicht die für die Fortsetzung des Streiks erforderliche zwei Drittel Mehrheit.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 25. Juni.

11. Sitzung.

Am Regierungstisch Finanzminister Dr. Luther. Präsident Kaatz eröffnete die Sitzung um 9.30 Uhr und gibt die Zusammenfassung der Sitzungsarbeiten bekannt. Aufsehen erregt die Mitteilung, daß der kommunalistische Abgeordnete Kay zum Vorsitzenden des Reichsausschusses gewählt worden ist. Diese Wahl ist erfolgt, nachdem der Abgeordnete Kay ausdrücklich die Erklärung abgegeben hatte, daß er die Geschäftsordnung des Reichstages beachten werde.

In 3. Lesung wird dann ohne Aussprache beschlossen, das deutsch-polnische Abkommen über den ober-schlesischen Bezirk, das abgeändert

Quartierleistungsgesetz

und die Neuordnung der Strandungsordnung.

Die Beamtenfragen.

Auf der Tagesordnung stehen dann 31 Anträge und Interpellationen betreffend die Beamtenbesoldung und die Beamtenverhältnisse. Das Haus beschließt, daß von jeder Fraktion nur ein Redner sprechen soll und die Redezeit auf ¼ Stunde begrenzt wird.

Abg. Morath (Deutsche Volksp.) berichtet über die Verhandlungen des Hauptaufschusses. Dieser hat einen Antrag angenommen, wonach die von der Regierung zur Verfügung gestellten Mittel zur Erhöhung der Grundgehälter der Gruppen 1-6 verwendet werden sollen. Ferner sollen außerdem für alle Beamtengruppen Erhöhungen der Familienzulage und der Frauengulage erfolgen.

Abg. Schmitt-Stettin (Deutschnat.) erklärt sich mit den Ausführanträgen einverstanden.

Abg. v. Guérards (Ztr.) findet die Erörterung der Beamtenfragen im Reichstag bebauerlich. Dadurch werde nur die Mißbilligung aller Volkskrieger gegen die Beamtenfrage gehoben. Das Zentrum beantrage die Mobilisierung der gesamten Nation für die Beamtenfrage. Eine ganz unverfängliche Maßnahme sei der Abbau der öffentlichen Sonntagschläge im öffentlichen Gebiet.

Abg. Gähhorn (Komm.) begründet einen Antrag, der den Ausführantrag dahin ändern will, daß die unteren Gehaltsgruppen 1-7 und die Gruppen über 8 befristet werden sollen und die Besoldung mit den Gehältern der Gruppe 8 beginne soll.

Abg. Morath (Deutsche Volksp.) die Art der Behandlung der Besoldungsfrage durch die Regierung gebe zu scharfen Beanstandungen Anlaß. Es sei Pflicht, gerade der oberen Beamten, gegen die unzureichende Besoldung der unteren und mittleren Beamten Einspruch zu erheben. Dem Ausführantrag stimmt der Redner zu, wenn er auch die Regelung für unzulänglich hält. Der Redner verlangt weiter eine Ueberprüfung der Personalabbau-Verordnung.

Abg. Nahl geht der Beamtenfrage zu Ende.

Der Redner ficht die Beamtenfrage in Preußen. So habe Nahl nach der Tätigkeit im öffentlichen Dienst seinen Gewerkschaftsleiter und einen ehemaligen Arbeiter in Preußen. Seine Betätigung in der Beamtenfrage sei daher nicht zufällig.

Abg. Damer gemäßigten Ausnahmen mehr festsetzt. Auf Vorschlag beschloß, die Angelegenheit zu Ende zu bringen. Die Angelegenheit soll gegen 12 Uhr

Abg. Brodau vor, daß sie gerade Verlegenheit bei der Lösungsbewertung. In Jahre über die Nationalsozialisten die Republik vor dem Untergang zu retten. Auf Vorschlag beschloß, die Angelegenheit zu Ende zu bringen.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Kunz bündelt die Angelegenheit. Damit schließt der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Bode (Ztr.) geht der Beamtenfrage zu Ende. Der Beamtenfrage zu Ende.

Abg. Noll (Nationalsoz.) behauptet, die Freiheit der Beamtenschaft sei noch nie so gefährdet worden wie in dem republikanischen Deutschland. Der Redner erklärt weiter, daß in erster Linie politische Beamte abgebaut wurden. Herr Severing scheine in Preußen eine besondere Praxis zu verfolgen. So habe er den früheren Unterstaatssekretär Müßel nach Essen versetzen lassen, obwohl für ihn eine Tätigkeit im besetzten Gebiet mit besonderer Gefahr verbunden gewesen sei. Demgegenüber sei der sozialistische Gewerkschaftssekretär Osteroth zum Verwaltungsdirektor und ein ehemaliger Mitarbeiter zum Regierungsrat befördert worden. (Hört! Hört!) Dabei werde die frühere Bezahlung sogar als Dienstjahre angerechnet. Man behauptet sogar, daß auch Buchhändler in dieser Weise angerechnet worden sind. (Seitertzeit.)

Abg. Dauer (Bayer. Vpt.) behauptet, daß es im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich sei, für die Beamten mehr herauszuholen. Dem Beamten des besetzten Gebietes habe man viel versprochen, aber wenig gehalten.

Auf Vorschlag des Vizepräsidenten Dr. Bell wird beschlossen, die Beamtensprache noch in dieser Sitzung zu Ende zu führen. Die Abstimmung über sämtliche Anträge soll erst in der Donnerstag-Sitzung gegen 12 Uhr erfolgen.

Abg. Brodauf (Dem.) wirft der Reichsregierung vor, daß sie gerade die Regierungsparteien dadurch in Verlegenheit gebracht habe, daß sie mit ihrer neuen Besoldungsordnung die ganze Besoldungspolitik der letzten Jahre über den Haufen geworfen habe. Wenn die Nationalsozialisten für die traurige Lage der Beamten die Republik verantwortlich mache, so sollten sie sich daran erinnern, wer den Krieg verloren hat und sich bei ihrem Lebensdasein bedanken. (Großer Lärm und Pfuirufe bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Bode (Birtsch. Ver.) verlangt, daß den unteren Gruppen 1-6 unbedingt das Existenzminimum gesichert werde.

Abg. Kunz (Deutschsoz.) nennt die letzte Besoldungsregelung der Regierung das Unsozialste, was man sich denken konnte.

Damit schließt die Aussprache.

Personlich stellt **Abg. Noll (Nat.-Soz.)** richtig, daß der U-Bootführer Müller nicht nach Essen versetzt worden ist, sondern nur zur Hundertschaft nach Essen, die aber zur Zeit nicht in Essen liegt.

Das Haus vertagt sich.

Donnerstag 10 Uhr Abstimmung über die Beamtensprache, sozialpolitische Anträge und sozialdemokratische Interpellation über die Wirtschaftskrise und Erwerbslosigkeit.

Karl Gersteins letzte Fahrt.

Nun ruht Karl Gerstein, seinem Wunsch gemäß, hier in Bochum unter seinen Westfalen. Die Beisetzung, die gestern nachmittag vom Elektrizitätswerk Westfalen aus erfolgte, zeigte überwältigend, welcher Wertschätzung und welcher Liebe sich der Verstorbene erfreute.

Aufgebahrt waren die sterblichen Überreste des Entschlafenen in einem Saale, der Räumungswohl zu einer kleinen Kapelle ausgeschmückt war. Der Weg im Elektrizitätswerk dorthin zeugte durch die Fülle der Blumen- und Kranzspenden von der reichen Liebe, die der nur allzufrüh Verstorbenen gehabt hatte. Auf den Treppenausschnitten, in den Fluren, überall Blumen über Blumen, Kränze über Kränze. Nicht nur von den großen Werken, den Städten, Gemeinden, dem Landvolk, denen Gerstein seine unermüdete Schaffenskraft gewidmet hatte, sondern von weither kamen Blumen und Kränze, ein Beweis, in wie vieler Gedächtnis der Name des Verstorbenen und seine Werke fortleben werden. Man sah Kränze von Finanzminister Dr. Luther, vom Korps Rheinania, von den Kruppwerken, von der A. G. E. V., vom Siemens-Schuckertwerk, um nur einige zu nennen.

Um 3 Uhr begann die Trauerfeier, die eingeleitet wurde durch ein Musikstück und Chorgesang des Gesangsvereins des Elektrizitätswerkes Westfalen. Lieber den Sternen wird es einst tagen. Superintendent Nieberstein aus Altenbochum, ein Mitschüler und Jugendfreund des Verstorbenen, leitete seinen Ausführungen das Wort aus den Sprüchen Salomons. Ein treuer Mensch wird reiches Leben sein. Er gab ein Lebensbild des Entschlafenen und wies nach, wie reich Gottes Segen auf diesem ruhte. Er hob sein Werk und seine charaktervolle Persönlichkeit hervor und vor allem seine Charakterstärke und vorbildliche Treue. Er erinnerte an Gersteins Worte: „Was heißt Völkerverständnis? Völkerverständnis heißt nichts anderes, als daß man die eigenen Interessen unterordnet den Interessen der Allgemeinheit, daß man alles, was man ist und was man kann, einsetzt, um dem großen Ganzen zu dienen.“ Und dann weiter: „Ich scheide als letzter Röniglicher Landrat und werde als Röniglicher Landrat a. D. sterben, und ich werde den Eid der Treue, den ich meinem Pönia geleistet habe, halten bis zum letzten Atemzuge.“ Landrat Gerstein war treu seiner Pflicht, seinem Vaterlande und seinem Gott. Es waren tiefbewegende Worte, die Superintendent Nieberstein dem Verstorbenen widmete, diesem echt menschlichen Manne, in dessen Brust ein Herz voll Liebe schlief.

Dann sprachen noch an der Reihe Provinzialrat Weber in Vertretung des Oberpräsidenten und Landeshauptmannes, Generaldirektor Krone vom Elektrizitätswerk Westfalen, Raurat Heibing von der Eisenbahngesellschaft, Landwirt Schulte-Schüren für die Landwirtschaft und Landrat Thome von Altena als ältester Landrat Westfalens. Alle diese Redner rühmten die Tätigkeit des Entschlafenen mit warmen, aus dem Herzen kommenden Worten, und alle Ausführungen gipfelten in dem Satz: „Karl Gerstein, es fehlt uns deine Führung, es fehlt uns dein Wissen, dein hartes Können, deine Treue, deine Liebe, dein erquickender Humor.“ Nicht nur der Beamte Gerstein, der Organisator, der, wie einer der Redner überzeugend ausführt, der Berg her und den Berg hin gleich auf bestanden und dessen Handeln geleitet wurde von dem Gedanken, seinen Mitmenschen und seinem Vaterlande mit seinem Können und seiner Liebe zu dienen. Alle Redner gaben das Zeugnis ab, daß der Name Gerstein, der Name, der uns fehlt, nicht nur ein Name ist, sondern ein Werk, das uns fort und fort nützen soll. Es war ein Werk, das uns fort und fort nützen soll.

Zum Schluß sprach noch der Bruder des Entschlafenen, der die große Liebe Gersteins zu seinen Angehörigen hervorhob und so recht erkennen ließ, wie groß der Verlust besonders für die Angehörigen ist.

Superintendent Nieberstein sprach dann noch das Schlußwort und Gebet. Karl Gerstein wird nicht vergessen werden und seine Werke folgen ihm nach. Das fühlte jeder, der dieser schönen Trauerfeier beiwohnen konnte.

Nach einem Trauerliede trat der Verstorbene dann seine letzte Fahrt an.

Von Polizeimannschaften wurde der schlichte Sarg unter den Klängen einer Musikkapelle auf den Wagen gehoben. Der Trauerwimpel des Elektrizitätswerkes landete dem Entschlafenen seinen letzten Gruß. Dann legte sich der lange Zug gegen 15 Uhr in Bewegung. Voran zwei Kapellen, die kommunale Schutzmannschaft, Gendarmerie, die Kränzenträger und eine Ehrengarde von dreißig Polizeimannschaften mit leuchtenden Fahnen. So ging der Zug bis zum künftigen Friedhof an der Blumenstraße. Der Wagen mit dem verstorbenen Hülle des Verstorbenen in der Mitte, von vier Kappen gezogen.

Der Weg war von beiden Seiten von einer dichten Menschenmenge eingefaßt; auf dem Schwanenmarkt stand als Trauerzeichen der Westfälischen Straßenbahn ein schwarzes Umkleituch und mit Palmenblättern geschmückter Straßenbahnwagen.

Auf dem Friedhofe angekommen, spielte die Kapelle der Schutzmannschaft „Jesus meine Zuversicht“, und dann wurde der Sarg in die mit Blumen ausgelegte Grube gesenkt. Dann gab auch Herr Nieberstein eine Schilderung des Lebens dieses tüchtigen vortrefflichen Mannes, der seine eigenen Interessen unterordnete den Interessen der Allgemeinheit und alles, was er war und was er konnte, einsetzte, um dem großen Ganzen zu dienen. Er führte u. a. aus: „Nun ist ein Wunsch des Verstorbenen erfüllt. Er hat auf dem Bochumer Friedhof seine letzte Ruhestätte gefunden. Wenn fortan die Geschwister und Verwandten, mit denen er allezeit auf das treueste verbunden war, an ihn in unaussprechlicher Dankbarkeit und Liebe denken, dann wissen sie ihn wohlgedacht unter diesen hohen und schattigen Bäumen, die sein Grab bestreiten, und wenn wir, die wir ihn kannten, hier vorübergehen, dann werden wir sinnend stehen bleiben und auf seine Ruhestätte niederhinknien mit dem Bewußtsein, daß hier ein Mann sein Lebenswerk gefunden hat, der einer der besten Männer unserer Stadt gewesen ist. Bochum Stadt und Land wurde seine zweite Heimat. Durch seine Lebensarbeit und mit seinem Herzen verknüpft er mit Bochum so fest, daß er auch nur hier im Grabe ruhen wollte. Seine Tätigkeit in seinem Beruf fuhte auf seiner Charakterstärke; weil er ein Charakter war, dabei von echt westfälischer Art, blieb er sich auch immer selbst treu. Ein ganzer Mann, so wird er unter uns, obwohl er gestorben ist, doch weiter leben. Gott gebe uns solchen Mannes Kraft und solche Mannes treue. Aber alle Herrlichkeit des Menschen ist wie das Gras oder die Blume. Nur Gott ist von Ewigkeit zu Ewigkeit. In seiner Hand stand das Entschlafenen Leben. Wir alle müssen aus der Zeit in die Ewigkeit. Alles vergeht, Gott aber steht ohne alles Wanken.“ Er ist unsere Zuflucht für und für.“

Nachdem Herr Nieberstein den Segen und das Gebet gesprochen hatte, sang der Gesangsverein des Elektrizitätswerkes Westfalen das Schlußlied.

Karl Gersteins sterbliche Hülle ward zur letzten Ruhe gebettet - in seinen Werken lebt sein Geist fort.

Preussischer Landtag.

Berlin, 25. Juni.

318. Sitzung.

Der Landtag beschließt, zunächst auf Antrag der Sozialdemokraten zur Prüfung der Geschäftsführung des seitigen Leiters der Porzellanmanufaktur, Dr. Schneider, einen Untersuchungsausschuß von 21 Mitgliedern einzusetzen.

Der Zentrumsantrag auf Maßnahmen zur Steuerung der Not der vom dem Umwetter in den Kreisen Düsseldorf, Neuß und Grevenbroich Betroffenen wird dem Hauptausschuß überwiesen.

Das Haus tritt darauf in die 2. Beratung des Haushalts der Porzellanmanufaktur ein.

Abg. Heilmann (Soz.) beschäftigt sich als Berichtshatter des Ausschusses eingehend mit den Einzelheiten des Anstellungsvertrages und der Geschäftsführung des seitigen Leiters der Porzellanmanufaktur, Dr. Schneider.

In der Aussprache fordert **Abg. Hadenberg (Deutschnat.)**, daß die Manufaktur auf der alten Anstaltlichen Höhe erhalten bleibe.

Abg. v. Eynern (Deutsche Volksp.) wendet sich gegen die Form des sozialdemokratischen Antrages auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses, in dem von politischer Hege gesprochen wurde.

Handelsminister Giering wendet sich dagegen, daß er Dr. Schneider ausgereicht habe, weil er einer bestimmten politischen Richtung angehört habe. Allerdings hätte sich die Manufaktur an die Minister gewandt, wie sie überhaupt in der Definitivität Propaganda gemacht habe (Gegen rechts). Er selbst habe, wie alle Minister und alle Abgeordneten aus allen Fraktionen, gekauft.

Abg. Nibel (Dem.) Auch einem Minister kann nicht verwehrt werden, der staatlichen Porzellanmanufaktur etwas abzukaufen. Dann muß man dabei aber mit umso peinlicherer Genauigkeit verfahren.

Abg. Heilmann (Soz.) tritt dem Vorredner, soweit er dem Minister unterziehe, nicht die Wahrheit gesagt zu haben, mit größter Schärfe entgegen.

Nach weiteren Bemerkungen der **Abg. Nibel (Dem.)**, **Heilmann (Soz.)** und **Hilshard (Dem.)** wird die Besprechung abgeschlossen.

Angenommen wird der Antrag, den Handelsminister zu beauftragen, den Revisionsbericht der Oberrechnungskammer über die Porzellanmanufaktur dem Landtage vorzulegen.

Der Etat selbst wird darauf angenommen.

Es folgt eine zweite Beratung des Justiz-Haushalts. Mit der Beratung verbunden wird eine große Anzahl von Anfragen und Anträgen, betreffend die Justizreform, Preissteigerungen, Meuterei in Jelle, Strafpolizei, Amnestie, Behandlung und Unterbringung von Gefangenen.

Abg. Götterich (Soz.) berichtet über die Ausführbearbeitungen.

Justizminister Am Rehnhoff geht auf die Neuordnung in der Justiz auf Grund der Verordnung der Reichsregierung näher ein. Danach liegt der Schwerpunkt der Strafrechtspflege bei den Schöffengerichten und dem Amtsrichter als Einzelrichter. Schöffengerichte sind nur noch bei den Amtsgerichten am Orte der Landgerichte. Der Minister teilt mit, daß er die Staatsanwaltschaften im allgemeinen angewiesen habe, Straftaten berufsständiger Verbrecher und solche von besonderer Bedeutung oder Schwierigkeit nicht vor den Amtsrichter zu bringen. Die Erweiterung der Zuständigkeit des Einzelrichters hat auch die Möglichkeit geboten, das beschleunigte Verfahren für eine schnelle Erledigung der Straftaten nutzbar zu machen. Die Zahl der Verurteilungen sei bei diesem Verfahren sehr gering gewesen. Der Zivilprozeß hat durch die Verordnung eine andere Gestalt erhalten mit dem Ziele der Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens.

Nachdem noch die Vertreter des Ministeriums zwei große Anfragen der Kommunisten beantwortet haben, vertagt das Haus die Weiterberatung um 5 Uhr auf Donnerstag 12 Uhr.

Der Arbeitsplan der Parlamente.

Heidelberg.

TU. Berlin, 25. Juni. Der Vorkommerrat des Reichstages bestimmte in seiner heutigen Sitzung vor der Plenarsitzung über die Verteilung des Arbeitsplans, den der Reichstag in dieser Woche beraten soll. Am Sonnabend soll jedenfalls der gegenwärtige Tagungsabschnitt abgeschlossen werden. Wann der Reichstag dann seine Sitzung wieder aufnehmen wird, hängt davon ab, wann die Reichsregierung die Gesetze zum Sachverständigenrat vorgelegt kann. In dieser Woche sollen folgende Gegenstände erledigt werden:

Donnerstag, wo die Sitzung um 10 Uhr beginnt, soll die sozialpolitischen Anträge und Interpellationen, u. a. die sozialdemokratische Interpellation in Bezug auf Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit.

Freitag: Die Interpellation wegen der Notlage der Ausgewiesenen im besetzten Gebiet, die vom Zentrum eingebracht ist, sobald die deutschen nationalen Anträge über die Aufwertungsfrage und die Notlage der Landwirtschaft und des Weinbaues. Am Sonnabend sollen diese Beratungen zu Ende geführt werden.

Landtag.

TU. Berlin, 25. Juni. Der Vorkommerrat des preuß. Landtages beriet am letzten Dienstag vor der Vollziehung über die Geschäftslage. Der Landtag wird voraussichtlich zunächst bis zum 4. Juli Plenarsitzungen abhalten. In dieser Zeit sollen in zweiter Lesung die Haushalts der Porzellanmanufaktur, der Landes- und Gewerbeverwaltung und der Justizverwaltung beraten werden. Dann soll eine Pause vom 5. bis 12. Juli eintreten, in der der Hauptausschuß weitere Etats vorbereiten soll. Voraussichtlich wird der Landtag dann noch bis zum 19. Juli tagen; darauf wird die große Sommerpause eintreten.

Heute Zusammenkunft des Auswärtigen Ausschusses.

Moskau.

TU. Berlin, 25. Juni. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist für Donnerstag vormittag 9 Uhr einberufen worden. Er wird sich mit den Wirtschaftsverträgen mit Litauen und Estland beschäftigen.

Tagung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.

Stuttgart, 25. Juni. Am letzten Verhandlungstag der Tagung nahm Dr. Simon-Frankfurt (Main), Vorsitzender des Arbeitsverbandes für das ganze Zeitungsverleger, in ausführlicher Rede Stellung zur Frage des Journalistenangebietes. Er betonte die Schwierigkeit und teilweise Unmöglichkeit, die Begriffe „öffentliches Interesse“, „Redakteur“, „Verleger“ eindeutig und erschöpfend zu definieren. Besonders sei es unmöglich, die gegenwärtigste Beziehung von Verleger und Redakteur, die nur auf gegenseitigem keinem Gesetz unterworfenen Vertrauen beruhe, gesetzlich zu erfassen. Möglich und wünschenswert sei es, die Sicherung der Redakteure für die

Arbeitsfähigkeit und das Alter und für den Fall des Todes für die Hinterbliebenen herbeizuführen und den in ihnen lebenden, für ihren Beruf notwendigen Idealismus zu stärken.

Dr. Carbe-Berlin hob besonders drei Gesichtspunkte hervor: er wies auf die Geschäftsregelungen hin, die seit dem Ende der Inflation in einem für die Journalisten durchaus günstigen Sinne gelöst seien, zweitens griff er die Beziehungen zwischen Verleger und Redakteur als ganz individuell und auf geistigen und Charaktergehalt beruhend, heraus und hob drittens besonders die Reinheit der deutschen Presse hervor, die in erster Linie dem Beranwortungsgefühl und dem Idealismus der deutschen Verleger zu verdanken sei. Er rief der Regierung zu: „Hände weg vom Journalistengesetz!“

Reichsminister des Innern Dr. Jarres nahm nochmals zu längeren Ausführungen das Wort, um den Standpunkt der Regierung darzulegen, die den Ausgleich zwischen den entgegengesetzten Ansprüchen erstrebe.

Im erwiderte noch Dr. Jänes-Hannover und Professor Wolff-Dehden, der in seinem Schlußwort nochmals entschieden die Auffassung der deutschen Verleger betonte. Damit war die Frage des Journalistengesetzes erledigt und die Versammlung wandte sich anderen Fragen des Zeitungsverwesens zu.

Ueber die Papierfrage referierte der erste stellvertretende Vorsitzende des Vereins deutscher Zeitungsverleger, Dr. Mayer, über die Arbeitsgeberfrage. Uffesfor-Gheuer-Berlin. Die ausstehenden Mitglieder des Vorstandes wurden durch Jura einstimmig wiedergewählt, ebenso wurden die vorgeschlagenen Satzungsänderungen angenommen. Damit hatte die denkwürdige Versammlung, die an Zeilenreichtum reichste und in ihrem Verlauf glanzvollste seit dem Bestehen des Vereins ihr Ende erreicht.

Als Ort der nächsten Tagung wurde Königsberg gewählt.

Anfall des Vorsitzenden.

Gammertingen, 25. Juni. Durch unseren Ort führen mehrere Autos mit Teilnehmern an der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger durch. An einer scharfen Kurve überfiel sich eins durch allzu rasches Bremsen. Die Insassen kamen unter das Auto zu liegen. Es wurde verletzt, darunter Kommerzienrat Krumbhaar-Bleibitz. Der Vorsitzende des Vereins deutscher Zeitungsverleger, Jänesch, wurde verletzt. Der Fahrer des Autos wurde verletzt. Der Fahrer des Autos wurde verletzt.

Die Flüchtlingefrage vor dem Völkerrundrat.

TU. Wiga, 25. Juni. Allgemeines Interesse verdient der im Völkerrundrat zur Kenntnis gebrachte Bericht des Oberkommissars für das Flüchtlingswesen, Nanfen. Es wird darin festgestellt, daß 18 Staaten an der Frage der russischen Flüchtlinge direkt interessiert sind. Von diesen zählen u. a. Bulgarien 33 000, Belgien 1000, Frankreich 400 000, die Türkei 29 000 Flüchtlingsfamilien. In Frankreich haben die Flüchtlinge sämtlich Arbeitsgelegenheit gefunden. Die in Deutschland befindlichen 500 000 russischen Flüchtlinge möchten, wie

der Bericht feststellt, zum großen Teil wieder nach ihrer Heimat zurückkehren. Daselbst gibt von den 41 000 Russen, 26 000 Ukrainern und 13 000 Juden, die sich als Flüchtlinge in Polen befinden. Den Normen über Erteilung eines Passes an die Flüchtlinge hat sich nunmehr auch Deutschland in vollem Umfang angeschlossen. In den Besprechungen wurde erklärt, daß man Lord Barmoor die Schaffung einer bauenden Organisation zur Lösung des Flüchtlingsproblems verbanke.

Letzte Drahtmeldungen.

Die Beantwortung der Kontrollnote.

w. Berlin, 26. Juni. Wie die Morgenblätter melden, hat gestern nur eine Ministerbesprechung über die Frage der Beantwortung der Kontrollnote stattgefunden, in der Beschlüsse nicht gefaßt wurden. Die entscheidende Sitzung ist für heute anberaumt worden. Mit der Abhandlung der Note ist für morgen oder übermorgen zu rechnen.

Einladung der Ministerpräsidenten nach Berlin.

w. Berlin, 26. Juni. Wie wir erfahren, hat der Reichskanzler die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder auf Donnerstag, 3. Juli, zu einer Aussprache über die allgemeine politische Lage, insbesondere über die Reparationsangelegenheit, nach Berlin geladen.

Zwei Konferenzen über das Gutachten.

w. London, 25. Juni. Heftige politische Kreise legen nach wie vor größte Zuversicht bezüglich der durch die Konferenz in Chaux-de-Fonds geschaffenen Lage an den Tag. Die Brüsseler Meldungen, wonach Mac Donaldbündnis angeboten habe, werden als unbegründet bezeichnet. Mac Donaldb sei nicht über die Erklärung hinausgegangen, daß Deutschland nach Annahme des Dawes-Berichtes im Verzugsfalle die allierten Staaten geistig finden würde.

Es wird von britischer Seite ferner hervorgehoben, daß in der Konferenzfrage man in Wirklichkeit zwei Konferenzen unterscheiden müsse: eine erste, auf der die Alliierten zu einer Vereinbarung über ihre Stellungnahme zur Reparationsfrage zu gelangen suchen werden, und eine zweite, auf der Deutschland hinzugezogen werden und auf der mit einer deutschen Abordnung nach Eingegnahme ihrer etwaigen Gegenvorschläge zur Erzielung einer gemeinsamen Lösung verhandelt werden solle. Die politischen Kreise in England geben dabei ihre Ueberzeugung Ausdruck, daß diese Form der Verhandlungen auf deutscher Seite kaum als eine Aufzerrung eines Zwanges angesehen werden könne, und hoffen zuversichtlich, daß unter der fruchtbaren Mitwirkung Deutschlands eine Lösung erzielt werde, die den auf die bevorstehenden Konferenzen gesetzten Erwartungen voll entspreche.

w. London, 26. Juni. Die Einladungen zu der alliierten Konferenz werden gegenwärtig vorbereitet. Die Vereinigten Staaten werden aufgefordert werden, einen Vertreter in einer Eigenschaft zu entsenden, wie sie die nordamerikanische Regierung für angebracht hält. Japan wird ebenfalls um seine Beteiligung ersucht werden. Man hofft, daß Mussolini persönlich zur Konferenz kommen wird.

w. Rom, 26. Juni. Die italienische Regierung ist im Begriffe, die Einladung zur bevorstehenden alliierten Konferenz anzunehmen.

w. Washington, 25. Juni. Offiziell verlautet, daß über die Form der amerikanischen Beteiligung an der Londoner Konferenz noch keine Beschlüsse gefaßt worden seien, ehe die Einladung an die Vereinigten Staaten eingetroffen sei. Inzwischen wird von neuem erklärt, daß die Beteiligung streng inoffiziell sein werde. Die Regierung ist der Ansicht, daß im Dawes-Plan nichts enthalten sei, was eine offizielle Beteiligung der Vereinigten Staaten notwendig erscheinen lasse.

Großhandelsziffer.

w. Berlin, 25. Juni. Die auf den Stichtag des 24. Juni berechnete Großhandelsziffer des Statistischen Reichsamts ergibt gegenüber dem Stande vom 17. Juni (117,0) einen Rückgang auf 112,6 oder um 3,8 v. H., der vor allem durch die Senkung der Getreide- und Fleischpreise sowie der Preise für Rohbaumwolle, Baumwollgarne und Gewebe herbeigeführt wird. Von den Hauptgruppen sanken die Lebensmittel von 99,1 auf 98,2 oder um 6,0 v. H.; davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 85,6 auf 79,13 oder um 7,4 v. H., die Industriellstoffe von 150,4 auf 148,9 oder um 1,0 v. H., davon die Gruppe Rohle und Eisen mit 144,2 nahezu unverändert. Die Industriellwaren gaben von 107,0 auf 102,2 oder um 4,5 v. H. und die Einfuhr von 166,9 auf 164,7 oder um 1,3 v. H. nach.

Zuchthausstrafe für einen kommunistischen Landtagsabgeordneten.

TU. Magdeburg, 25. Juni. Nachdem vor 14 Tagen der kommunistische Landtagsabgeordnete Wolf in Sangerhausen wegen Diebstahls zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt war, wurde jetzt sein Gefängnisgenosse, der kommunistische Landtagsabgeordnete Puls aus Nürnberg vom Schwurgericht wegen Mordbetrags in einem Gefängnisprozeß zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt.

Kommunistischer Aufzug.

TU. Moskau, 25. Juni. Meldungen in der Sowjetpresse zufolge beabsichtigen die Kommunisten, die bei den letzten Gemeinderatswahlen die Mehrheit erlangten, die Stadt Hinenburg in Leninburg umzutauften.

Eine Riesenkathedrale in Liverpool.

TU. London, 25. Juni. Am 19. Juli wird der erste Teil der Liverpooler Kathedrale in Gegenwart des Königs eingeweiht werden. Der Grundstein wurde am 19. Juli 1904 vom König Eduard gelegt. Die Kathedrale wird bei ihrer Vollendung 619 Fuß messen, also 5 Fuß mehr als die Peterskirche in Rom.

Verheerende Hochflut in China.

TU. London, 25. Juni. Nach Berichten aus Shanghai hat die Stadt Fuchow von verheerenden Hochfluten überflutet. Viele Menschen kamen ums Leben. Der Schaden beläuft sich auf viele Millionen Dollar.

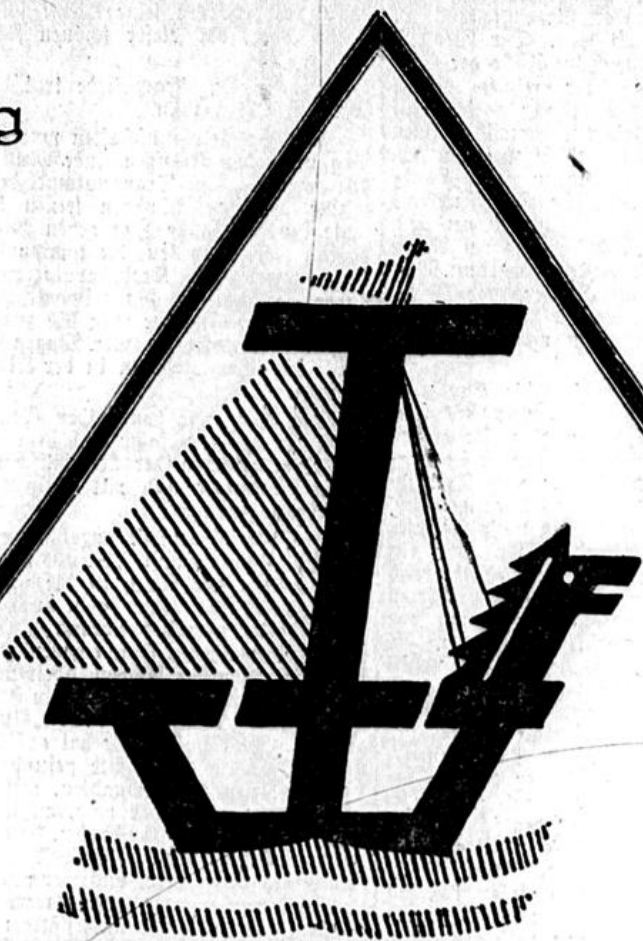
Verantwortlich: Für Politik, Feuilleton, Lokales und Handel: Ernst Sente; für Sport und Bekleidungsfragen: I. B. Ernst Sente; für Provinzialles, den übrigen Teilteil und „Feierstunden“: J. L. Schwinn; für Inserate und Reklamen: Eugen Wolff, sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Unter diesem Zeichen

bereiten wir eine großzügige
Verkaufs-Veranstaltung
vor, die wegen ihrer außergewöhnlichen
Preiswürdigkeit
eine
Höchstleistung
darstellen wird

Wir haben unsere Preise
der augenblicklichen Lage entsprechend
bedeutend ermäßigt
und führen wie stets zu den
billigsten Preisen
nur die altbekannt
guten Qualitäten



Beginn:
Montag,
den 30. Juni
früh 9 Uhr.

Dor-Verkauf
ab
Sonnabend,
den 28. Juni
früh 9 Uhr.

Modernes
Spezialhaus

Ferd. Koppel

Bochum
Hellweg Nr. 2.

Die mir zur Auf-
bewahrung herein-
gegebenen Waren
sind gegen alle Ge-
fahren versichert.



Die Motten verderben im Sommer leicht Ihr Pelzwerk

wenn Sie es mir nicht zur Aufbewahrung und
Konservierung
übergeben. Die Aufbewahrung erfolgt in eigenen
Konservierungsräumen unter voller Versicherung
gegen alle Gefahren. Auch von mir nicht be-
zogene Pelze und Waren werden angenommen.
Abholung kostenlos

GOMPERTZ

BOCHUM

Friedrichstraße 5 Fernsprecher 428

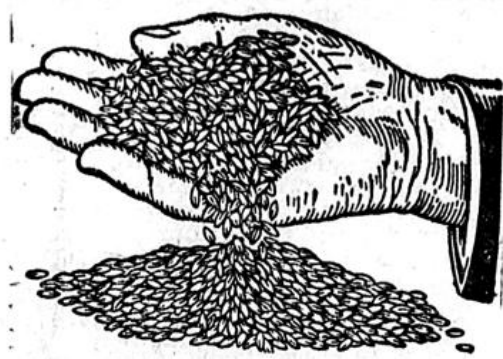
Papier? Bockau & Freese!

J. Thomas & Co. Bochum

12 Friedrichstraße 12
Herren- u. Burschen-
Anzüge, Paletots,
Knabenbekleidung,
geatr. Hosen

Zahlungserleichterung
Damen-Mäntel,
Kostüme,
Taillekleider,
Röcke, Seidenjumper,
Bäckisch- u. Kinderbekleidung.
Kleiderstoffe, Neesol, Bettzeug, Federbetten.
Günstige Kaufgelegenheit.

Es liegt auf der Hand



daß das Köstritzer Schwarzbier aus der Fürstlichen
Brauerei Köstritz ein wundervoller Trank für
Gesunde, Kranke und Rekonvaleszenten, für Wö-
chnerinnen und stillende Mütter sein muß, wenn man
berücksichtigt, daß obige Menge besten Gersten-
malzes, rd. 8800 Gerstenkörner dazu gehören, um
einen halben Liter dieses altberühmten Bieres her-
zustellen.

Niederlagen bei: Karl Schepp, Flaschenbiervertrieb
Bochum, Mauritiusstraße 17, Fernruf 2491.

Altenbochum: Wilhelm Hochland, Wilhelmstraße 88
Fernruf 8728.

Gerthe: Otto Gries, Ledigenheim.

W. Hoffmann

Bochum, Hattingerstr. 29.

**Damen-
Herren-
Kinder-
Wäsche**
Kurzwaren

Die sorgfältige Druck-
arbeit für die Geschäfts-
welt bei **W. Stumpf**,
Kommandit-Gesellschaft, Bochum

Zentralheizungen.

Lieferung von Rohrleitungen.
Abwärmeverwertungs-
Anlagen, Waschkauen
Albert Staubach,
Ingenieur,
Bochum, Agnesstraße 40.
Fernsprecher 669.

Sämtliche Schirm- u. Stock- Reparaturen

Neubeziehen und Modernisieren
der Schirme führt aller-
schnellstens und fachgerecht
aus
Ph. Nimphius
(Schirmfabrik mit elektr. Betrieb)
Bochum, Bongardstraße 18
(neben der Tonhalle).

Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda



spart Seife und Seifenpulver!
Mitverwendung von **Henko** bei der
Wäsche verbilligt das Waschen.
Vorzügliches Einweichmittel

Nr. 79.
Zweites Blatt

Bochum

Nachdruck unferer
Ausgabe nur mit

Markt- und

Preise.
Schweinefleisch 0,800-1
Rindfleisch 0,500-1
Geflügel 0,500-1
Gemüsefleisch 0,800-1
Geflügel 0,500-1
Rindfleisch 0,800-1
Schweinefleisch 0,800-1

Rähe.
Soll. Rähe 850-1
Soll. Rähe 100-1
Soll. Rähe 100-1
Soll. Rähe 100-1
Soll. Rähe 100-1
Soll. Rähe 100-1
Soll. Rähe 100-1
Soll. Rähe 100-1

Gemüse.
Kartoffeln 0,250-1
Kartoffeln 0,250-1
Kartoffeln 0,250-1
Kartoffeln 0,250-1
Kartoffeln 0,250-1
Kartoffeln 0,250-1
Kartoffeln 0,250-1
Kartoffeln 0,250-1

Der gestrige
brachte bei dem
Reichlich war der
behold; nicht zu
Rähe etc. Aber wo
mer wieder mangel
Kaufkraft war nur
den in einem zu ge
geföhren, was zu f
Selbstschlicher brach
verkauften auch zu
muß wegen des
stoden, da wäre es
Selbstschlicher etwa
gewöhnten. Die P
wenigen Ausnahm
in Gemüse, Obst u
5-7 Pfund, je na
barber mit 3 Pfun
gen stellten sich die
nen 70-80, Sal
Spargel 80, Grob
für 30-40, Stad
100-120 Pf. z
wenn auch in f
Baldbeeren auf d
50, fehtere 80 Pf
pflanzen waren in
Kornblumen fehlten

Die Kupferw
Bei der Aufste
Grundbuch eing
Hypotheken i
dessen Grundbuch
den Abgaben, in
geregelten Anspr
riefen, ob
gut haben und
prüfen, ist
dessen Bezirk der

Durch die zwe
Artikel 1 der d
14. Mai 1924 n
den Aufwert
§ 9 der 8. Steuer
tigten über die
ebenfalls Anträge a
Betrages unter V
weges durch die

Um das C
Kriminalroman a
(Urheberrecht 191
21) Holly sah n
gehört hatte, -am
Revolver war dem
wie sonderbar!
Sollte Holly's
fältig, wie sein ge
Welchen Grun
Herrschaft sollte d
Nebrigens konn
higen, Fanny glei
Valentin gestern
Durch einige
sprach unauffällig
Eigentlich verfi
wort. Denn da
dorf zu tun hatte,
hof hatte, öfter de
fentaler Hausordn
men und Gehen i
auf das niemand
Holly war dal
fogleich in einer
henden Weise erl
überhaupt das
Er war kurz
heimgelommen, un
Mutter fragte, wa
Schreibereien mit
Es sind die
Forsitzung, die i
tete die Antwort.
lent in denn auch
Stubenmädchen ge
ronesse ins Wohn
schaffen durch das
die Zeit so langsa
Und wenn si
mütig oder verzagt
mer gleich Herr v
raten soll oder a
beloben, was er i

Beachten Sie unsere ausführlichen Preis-Angebote in der Sonntags-Nummer, sowie unsere 31 Schaufenster.

